



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen (bvkm)

Stand vom 29.07.2025 15:17:11 bis 06.10.2025 10:43:53

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002906
Ersteintrag:	04.03.2022
Letzte Änderung:	29.07.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	29.07.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Brehmstraße 5-7 40239 Düsseldorf Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +492116400412 E-Mail-Adressen: fernanda.pan@bvkm.de Webseiten: www.bvkm.de</p>
Hauptstadtrepräsentanz:	<p>Alt-Moabit 91 10559 Berlin</p> <p>Telefonnummer: +492116400422 E-Mail-Adresse: info@bvkm.de</p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Sonstiges, Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

50.001 bis 60.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,46

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Beate Bettenhausen

Funktion: Vorstandsvorsitzende

2. Reinhold Scharpf

Funktion: Stellvertretender Vorstandsvorsitzender

3. Katharina Müller

Funktion: Vorstandsmitglied

4. Holger Jeppel

Funktion: Vorstandsmitglied

5. Petra Roth

Funktion: Vorstandsmitglied

6. Nils Rahmlow

Funktion: Vorstandsmitglied

7. Kerrin Stumpf

Funktion: Vorstandsmitglied

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):

1. Lisa Eisenbarth

2. Katja Kruse

3. Moritz Ernst

4. Beate Bettenhausen

5. Reinhold Scharpf

6. Katharina Müller

7. Nils Rahmlow

8. Kerrin Stumpf

Gesamtzahl der Mitglieder:

740 Mitglieder am 30.05.2025, davon:

466 natürliche Personen

274 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (14):

1. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V.
2. BAG SELBSTHILFE e.V.
3. BAG Unterstützte Beschäftigung e.V.
4. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
5. Deutscher Rollstuhl-Sportverband e.V.
6. Deutsche Vereinigung für Rehabilitation e.V.
7. Gesellschaft für Unterstützte Kommunikation e.V.
8. Deutscher Frauenrat - Lobby der Frauen in Deutschland e.V.
9. International Cerebral Palsy Society
10. Bündnis Zusammen für Demokratie
11. Deutsche Heilpädagogische Gesellschaft (DHG)
12. Deutscher Behindertenrat
13. Die Fachverbände für Menschen mit Behinderung
14. Bundesforum Familie

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (1):

Rechte von Menschen mit Behinderung

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm) ist der größte Selbsthilfe- und Fachverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen und ihre Angehörigen in Deutschland. Im bvkm sind etwa 270 regionale Selbsthilfeorganisationen zusammengeschlossen, in denen etwa 27.000 Menschen mit Behinderung und Familien mit behinderten Kindern organisiert sind. Dabei handelt es sich sowohl um körperbehinderte Menschen, deren Leben sich kaum von dem nichtbehinderter unterscheidet, als auch um Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen, die ein Leben lang auf Hilfe, Pflege und Zuwendung angewiesen sind. Der bvkm versteht sich als sozialpolitische Interessenvertretung für behinderte Menschen und ihre Familien auf Bundesebene.

Konkrete Regelungsvorhaben (24)

1. Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG)

Beschreibung:

Ziel: Eine Verbesserung bei der Entlastung von pflegenden Eltern durchzusetzen.
Erreicht wurde diese Verbesserung bei den Entlastungsleistungen durch den Einsatz des bvkm und anderer Behindertenverbände sowie durch zahlreiche pflegende Eltern, die sich an der breit angelegten E-Mail-Aktion des bvkm beteiligt hatten. Mit einem vom bvkm zur Verfügung gestellten Musterschreiben wurden die Abgeordneten des Bundestages eindringlich auf die kräftezehrende Dauerbelastung hingewiesen, die sich aus der oftmals über Jahrzehnte erfolgenden Pflege von Kindern mit Behinderung ergibt. Außerdem gab es eine Stellungnahme zum Referentenentwurf des PUEG vom 6. März 2023

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Unterstützung und Entlastung in der Pflege
(Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz, PUEG)

Datum des Referentenentwurfs: 20.02.2023

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

2. Kindergrundsicherung

Beschreibung:

Forderung nach einer Ausnahmeregelung vom Auszahlungsanspruch für erwachsene Kinder mit Behinderung. In seiner Stellungnahme zum Referentenentwurf hatte der bvkm den geplanten neuen Auszahlungsanspruch kritisiert, der es künftig allen volljährigen Kindern ermöglicht hätte, die Auszahlung des Kindergarantiebetrages an sich selbst zu verlangen. Bei volljährigen Kindern mit Behinderung hätte diese Auszahlung dazu geführt, dass der Kindergarantiebetrag mit anderen Sozialleistungen, die Menschen mit Behinderung zustehen, verrechnet worden wäre. Die betroffenen Menschen mit Behinderung hätten also kein Mehr an Leistungen gehabt und bei den Eltern wäre der Kindergarantiebetrag gar nicht erst angekommen. Für die Eltern hätte das einen finanziellen Verlust von jährlich 3.000 Euro bedeutet.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9092 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Kindergrundsicherung

Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

3. Gesetz zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarkts

Beschreibung:

Nach Auffassung des bvkm enthält der Gesetzentwurf viele begrüßenswerte Regelungen, greift aber insgesamt zu kurz. In seiner Stellungnahme vom 22. März 2023 forderte der bvkm

deshalb eine umfassendere Reform. Insbesondere müsse die Teilhabe am Arbeitsleben auch für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf sichergestellt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/5664 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarkts

Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

4. Aktionsplan für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen

Beschreibung:

Der bvkm nahm an einer Auftaktveranstaltung des BMG zur Erarbeitung des Aktionsplans für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen teil. Mit einem schriftlichen Beteiligungsverfahren hat das BMG im Nachgang alle relevanten Akteure eingeladen, sich bis Mitte Dezember 2023 an der Erarbeitung eines Aktionsplans in den Bereichen Diversität, Inklusion und Barrierefreiheit im Gesundheitswesen zu beteiligen. Hierzu nahm der bvkm Stellung.

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

5. Gesetzentwurf zur Regelung einer Inflationsausgleichs-Sonderzahlung für berufliche Betreuer, Betreuungsvereine und ehrenamtliche Betreuer

Beschreibung:

Die Fachverbände für Menschen mit Behinderung, denen auch der bvkm angehört, forderten in einer Stellungnahme, die aktuelle Tarif- und Preisentwicklung im Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz durch eine Anpassung der Vergütung aufzunehmen. Nur so sei das Überleben der Betreuungsvereine möglich. Im November 2023 nahmen der bvkm dann an einer Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages teil und reichte eine Stellungnahme ein.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8864 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Regelung einer Inflationsausgleichs-Sonderzahlung für berufliche Betreuer, Betreuungsvereine und ehrenamtliche Betreuer und zur Änderung des Betreuungsorganisationsgesetzes

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

6. Bundesinitiative Barrierefreiheit

Beschreibung:

Aufgrund eines Kabinettsbeschlusses der Bundesregierung vom November 2022 wurde das Eckpunktepapier „Bundesinitiative Barrierefreiheit“ beschlossen, welches u.a. Vorhaben zur übergeordneten Gesetzgebung sowie Vorhaben in den Bereichen Mobilität, Wohnen, Bauen,

Gesundheit und Digitales beinhaltet. Damit diese Vorhaben in ein konkretes Handeln umgesetzt werden, sind im Rahmen dieser Bundesinitiative seit 2023 verschiedene Gremien tätig, zum einen ein Staatssekretärsausschuss und zum anderen ein Beirat. Der bvkm ist stellvertretendes Mitglied im Beirat.

Der bvkm hat zusammen mit den Fachverbänden ein Positionspaper mit dem Titel "Mobilität, barrierefrei - selbstbestimmt - zeitgemäß" im Mai 2024 veröffentlicht.

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406270093](#) (PDF - 18 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.05.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)

7. [Mehr Tempo für Barrierefreiheit und einen inklusiven Sozialraum](#)

Beschreibung:

Der bvkm nahm an der Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages zu oben genannten Antrag der CDU/CSU-Fraktion in Sachen Barrierefreiheit teil.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/4676 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Mehr Tempo für Barrierefreiheit und einen inklusiven Sozialraum

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [\[alle RV hierzu\]](#)

8. [Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes \(AGG\)](#)

Beschreibung:

Der bvkm erstellte als Mitglied des zivilgesellschaftlichen Bündnisses „AGG Reform-Jetzt!“ eine umfassende Ergänzungsliste zur angekündigten Reform des AGG und eine Stellungnahme mit 11 zentralen Forderungen. Diese wurde auch an Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung übergeben.

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [\[alle RV hierzu\]](#)

9. [Gesetzes zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes \(StAG\)](#)

Beschreibung:

Die Fachverbände für Menschen mit Behinderung, zu denen auch der bvkm gehört, haben sich in ihrer Stellungnahme vom 14. Juni 2023 gegen die Neuregelung in § 10 StAG ausgesprochen. Danach sollen Ausländerinnen und Ausländer, die Sozialleistungen nach dem SGB II und XII beziehen, nur noch sehr eingeschränkt die Möglichkeit haben, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. Dies gilt auch dann, wenn der Leistungsbezug z.B. aufgrund einer behinderungsbedingten Erwerbsunfähigkeit unverschuldet ist.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9044 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts (StARModG)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

10. Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) und Inklusive Lösung

Beschreibung:

Der bvkm war am Beteiligungsprozess mit dem Namen „Gemeinsam zum Ziel – Wir gestalten die Inklusive Kinder- und Jugendhilfe!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) beteiligt.

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

11. Außerklinischen Intensivpflege-Richtlinie (AKI-RL)

Beschreibung:

Der bvkm hat am 3. April 2023 eine Stellungnahme zur geplanten Änderung der Außerklinischen Intensivpflege-Richtlinie (AKI-RL) abgegeben und war in der Anhörung am 18. April 2023 beim Gemeinsamen Bundesausschuss vertreten.

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

12. Begutachtungsanleitung AKI (BGA AKI)

Beschreibung:

Der bvkm hat am 2. März 2023 eine Stellungnahme zum Entwurf der Begutachtungsanleitung AKI (BGA AKI) des Medizinischen Dienstes Bund (MD Bund) abgegeben und Kritik an der BGA AKI geäußert. Auch hat der bvkm in seinem Anschreiben an den MD Bund auf einige Punkte hingewiesen, die für ihn in Bezug auf die BGA AKI von zentraler Bedeutung sind.

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

13. Sicherstellung der Versorgung von Menschen mit Bedarf an außerklinischer Intensivpflege

Beschreibung:

Der bvkm und 19 weitere Verbände haben im September 2023 in ihrem Positionspapier „Sicherstellung der Versorgung von Menschen mit Bedarf an außerklinischer Intensivpflege“ auf Probleme bei der Umsetzung des Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetzes (GKV-IPReG) aufmerksam gemacht und den Gesetzgeber zu Nachbesserungen aufgefordert. Im Mai 2024 hat der bvkm mit anderen Verbänden ein Positionspapier mit einem Brandbrief zum gesetzgeberischen Handlungsbedarf in §123l SGB V veröffentlicht.

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406270087](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.05.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [\[alle SG dorthin\]](#)

14. Pflege eines Kindes mit Behinderung und die Gesundheit der pflegenden Mütter

Beschreibung:

nlässlich des Weltfrauentages am 8. März 2024 macht der bvkm darauf aufmerksam, dass die dauerhafte Pflege eines Kindes mit Behinderung die Gesundheit der pflegenden Mütter gefährdet. Immer noch sind es Frauen, die den Großteil der Pflegearbeit übernehmen. In seinem Positionspapier „Pflegen gefährdet die Gesundheit“ formuliert der bvkm gemeinsam mit seiner Bundesfrauenvertretung verschiedene Forderungen zur Verbesserung der Gesundheit von pflegenden Müttern.

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406270097](#) (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

15. Reform der Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM)

Beschreibung:

Zu der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) für diese Legislaturperiode angekündigten Reform der Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) hat der bvkm am 27. März 2024 sein Eckpunktepapier veröffentlicht.

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406270091](#) (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

16. Referentenentwurf zum Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG)

Beschreibung:

Der Referentenentwurf zum Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG) sieht insbesondere Vereinfachungen im Bewilligungsverfahren von Hilfsmitteln vor. Künftig soll die Erforderlichkeit eines beantragten Hilfsmittels vermutet werden, wenn es von einem Sozialpädiatrischen Zentrum (SPZ) oder von einem Medizinischen Behandlungszentrum für Erwachsene mit geistiger Behinderung oder schweren Mehrfachbehinderungen (MZEB) empfohlen wurde. Die Fachverbände für Menschen mit Behinderung, denen auch der bvkm angehört, begrüßen in ihrer Stellungnahme eine solche Regelung, da dies die Durchsetzung der Ansprüche für Betroffene vereinfachen würde.

Bundesrats-Drucksachennummer:

[BR-Drs. 234/24 \(Vorgang\)](#) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG)

Zuständiges Ministerium: [BMG](#) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): [Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune \(Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG\) \(Vorgang\)](#)

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/11853 \(Vorgang\)](#) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune
(Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG) (Vorgang)

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406270124 (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

17. Vorabevaluation Leistungsberechtigter Personenkreis

Beschreibung:

Die „Verordnung über den leistungsberechtigten Personenkreis in der Eingliederungshilfe (VOLE)“ soll künftig regeln, wer Anspruch auf Leistungen der Eingliederungshilfe hat. Im Rahmen der vorgesetzten und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales beauftragten Studie „Vorabevaluation Leistungsberechtigter Personenkreis“ von Januar 2024 wurde untersucht, welche Auswirkungen die Umsetzung der VOLE hätte. Die Fachverbände für Menschen mit Behinderung, denen der bvkm angehört, nahmen hierzu im Mai 2024 Stellung.

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406270123 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.05.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

18. Maßnahmenkatalog des BMG für den Aktionsplan für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen

Beschreibung:

Schließung der Versorgungslücke für Menschen mit Bedarf an außerklinischer Intensivpflege, Schaffung von speziellen wohnortnahmen Angeboten der Kurzzeitpflege für Kinder, Jugendliche und junge erwachsene Menschen mit Behinderung, Abbau von Hürden beim Anspruch auf Inkontinenzhilfen, Einführung eines Zusatzurlaubs für berufstätige Pflegepersonen, die schwer pflegebedürftige Menschen pflegen, entsprechend dem Vorbild des in § 208 Absatz 1 SGB IX geregelten Zusatzurlaubs für schwerbehinderte Menschen u.v.m.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2506300103 \(PDF - 14 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

19. Pflegekompetenzgesetz (PKG)

Beschreibung:

Anpassung des Anspruchs auf Umwandlung von Leistungen der Tagespflege an die Bedarfe von Menschen mit Behinderung und unbegrenzte Weiterzahlung des Pflegegeldes für die gesamte Dauer eines Krankenhausaufenthalts

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 2/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Pflegekompetenz

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2506300108 \(PDF - 18 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

20. Kinder- und Jugendhilfeinklusionsgesetz (IKJHG)

Beschreibung:

Einbeziehung aller Leistungen der Eingliederungshilfe an junge Menschen, insbesondere der ambulanten Leistungen in § 78a SGB VIII und damit die Verpflichtung der öffentlichen Jugendhilfe zum Vereinbarungsabschluss im Bereich der ambulanten Leistungen und den Erhalt der Schiedsstellenfähigkeit, Verpflichtung der öffentlichen Jugendhilfe zur Bezahlung von tarifvertraglich vereinbarten Vergütungen und entsprechender Vergütungen nach kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen sowie die Weiterentwicklung des Vertragsrechts sowie die Regelung einer einheitlichen Gerichtsbarkeit für alle Leistungen im SGB VIII in der Sozialgerichtsbarkeit

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Ausgestaltung der Inklusiven Kinder- und Jugendhilfe

Datum des Referentenentwurfs: 16.09.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 8 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506300109 (PDF - 34 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

21. AGG - Standards für Gleichbehandlungsstellen

Beschreibung:

Erweiterung der Klagemöglichkeiten nach § 23 AGG, indem zusätzlich ein Verbandsklagerecht vorgesehen wird, damit nicht nur Betroffene selbst, sondern auch Verbände Missstände öffentlich machen und Abhilfe gerichtlich einfordern können

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinien über Standards für Gleichbehandlungsstellen

Datum des Referentenentwurfs: 04.10.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

AGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2506300113 \(PDF - 4 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

22. Gesetz zur Neuregelung der Vormünder- und Betreuervergütung

Beschreibung:

Neukonzeption der vorgesehenen Vergütungsregelungen mit einer Sockelfinanzierung von Betreuungsvereinen, um eine UN-BRK-konforme rechtliche Betreuung und die Arbeit von Betreuungsvereinen zu gewährleisten

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14525 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Vormünder- und Betreuervergütung und zur Entlastung von Betreuungsgerichten und Betreuern

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Gesetz zur Neuregelung der Vormünder- und Betreuervergütung und zur Entlastung von Betreuungsgerichten und Betreuern (20. WP) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

VBVG 2023 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2506300114 \(PDF - 5 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.10.2024 an:

Bundesregierung

23. Forderungen zur Bundestagswahl 2025

Beschreibung:

Abschaffung des Kostenvorbehalts beim Wunsch- und Wahlrecht sowie der Heranziehung von Einkommen und Vermögen bei der Gewährung von Leistungen der Eingliederungshilfe, Sicherstellung der Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit komplexer Behinderung sowie des barrierefreien Zugangs zu Gesundheitsleistungen, Schließung der Versorgungslücke für Menschen mit Bedarf an außerklinischer Intensivpflege, voller Zugang zu allen Leistungen der Pflegeversicherung bei häuslicher Pflege für Bewohner:innen der besonderen Wohnformen, Einführung eines flexiblen jährlichen Entlastungsbudgets, welches der Höhe nach entsprechend den Pflegegraden abzustufen ist

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 8 [alle RV hierzu]; SGB9uaÄndG [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]; SGB 12 [alle RV hierzu]; BGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506300115 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.01.2025 an:

Bundestag

Faktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

24. Versorgungsmedizin-Verordnung

Beschreibung:

Klarstellung, dass die ICF nicht als konzeptionelle Rechtfertigung für die abstrakte Festlegung/Absenkung der GdB-Werte in Teil B herangezogen werden darf

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Versorgungsmedizin-Verordnung (VersMedV)

Datum des Referentenentwurfs: 18.12.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

VersMedV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506300117 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG
dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (4):**1. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 150.001 bis 160.000 Euro

Fördermittel aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes

2. Deutsche Rentenversicherung Bund

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 110.001 bis 120.000 Euro

Förderung der Arbeit des bvkm für und mit Menschen mit Behinderung und deren Angehörige, u.a. Beratung und Unterstützung durch Veranstaltungen und Herausgabe von Informationsmaterialien

3. Gesetzliche Krankenversicherung Gemeinschaftsförderung Selbsthilfe

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 130.001 bis 140.000 Euro

Förderung der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe

4. Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Förderung im Rahmen des Verbundprojekts "Pflegeschaetze-PAZP2: Erfahrungen aus dem Alltag mit pflegebedürftigen Kindern weitergeben"

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

20.001 bis 30.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. Céline Schortmann

Betrag: 1 bis 10.000 Euro

Einzelpende

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

340.001 bis 350.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[bvkm_Jahresabschluss_2024.pdf](#)